



Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag
2020

Franz Müntefering

Demokratie 2020

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag 2020

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vorträge

herausgegeben von Walter Mühlhausen
im Auftrag der Stiftung
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte



Stiftung
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag 2020

Franz Müntefering

Demokratie 2020

Heidelberg 2020

Franz Müntefering (*1940), 1975–1992 und 1998–2013 Mitglied des Deutschen Bundestages, 2002–2005 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1996–1998 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, dort 1992–1995 Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, 1998–1999 Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, 2005–2007 Vizekanzler und Bundesminister für Arbeit und Soziales; zahlreiche Funktionen in der SPD, u. a. Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen und Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen, Bundesgeschäftsführer bzw. Generalsekretär sowie von März 2004 bis November 2005 und von Oktober 2008 bis November 2009 Bundesvorsitzender der SPD.

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um den 13. Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag, den Franz Müntefering am 20. Februar 2020 im Friedrich-Ebert-Haus in der Heidelberger Pfaffengasse gehalten hat.

Fotos: H & B Pressebild Pfeifer, Wiesloch (4), Stiftung (3)

Reihe „Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vorträge“,
herausgegeben von Walter Mühlhausen im Auftrag
der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte
(Heidelberg)

©2020 Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte
Untere Str. 27

D – 69117 Heidelberg

Tel.: (06221) 9 10 70

Fax: (06221) 91 07 10

Internet: <http://www.ebert-gedenkstaette.de>

E-Mail: friedrich@ebert-gedenkstaette.de

Redaktion: Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Realisation: gschwend_grafik, Heidelberg

Druck: Druckerei Maulbetsch GmbH

Logo: © Hühnlein & Hühnlein, Eching am Ammersee

Die Stiftung wird vom Bund finanziert mit Mitteln aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

ISBN 978-3-928880-61-9

Vorwort

Mit dem jährlichen Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag erinnert die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte an Leben und Werk ihres Namensgebers mit Themen, die seinerzeit den Sozialdemokraten und Staatsmann beschäftigten, die aber auch heute noch diskutiert werden und von zentraler Bedeutung sind.

Friedrich Eberts Lebensziel war die Verwirklichung der sozialen Demokratie. Doch in der von ihm mitbegründeten Republik von Weimar fehlte der demokratische Konsens. Weimar weist auf die Gefährdung der Demokratie hin und eröffnet Erkenntnisse auch für den Zustand unserer zweiten Republik. Während man bei der Gründung unserer Stiftung vor mehr als dreißig Jahren noch zuversichtlich von der sicheren Zukunft der Demokratie reden konnte, ist mittlerweile in Teilen der Gesellschaft die Skepsis an ihr gewachsen, was wiederum den Optimismus vom Ewigkeitscharakter der Demokratie ins Wanken geraten lässt. Wie ist es nun um die „Demokratie 2020“ bestellt?

Dieser Frage geht Franz Müntefering nach. Seine Analyse basiert auf jahrzehntelangen Erfahrungen auf allen politischen Ebenen, u. a. an der Spitze der SPD und als Minister in Bund und Land. Es ist ein entschiedenes Plädoyer für die demokratische Verfasstheit von Staat und Gesellschaft. Es geht ihm um Demokratie leben und erleben – ganz im Sinne von Friedrich Ebert, dem Mitbegründer und Garanten der ersten deutschen Demokratie.

Prof. Dr. Walter Mühlhausen
Geschäftsführer und Vorstandsmitglied



Demokratie 2020

Franz Müntefering

Demokratie 2020 – ich habe mir den Titel für meinen Beitrag gewünscht. Ich bin ja kein Historiker oder Politikwissenschaftler, der die Lebenszeit Friedrich Eberts noch einmal lohnend ausleuchten könnte. Meine Meinung knapp vorweg: Diese deutsche Demokratie seit 1949 ist weitgehend gelungen und verteidigungswert. Aber auch sie unterliegt dem Wandel und dieser ist zurzeit besonders heftig.

Und was hat mein Beitrag dann mit Friedrich Ebert zu tun? Der Sozialdemokrat Ebert hat 1918/19 und bis zu seinem frühen Tod 1925 mit ganzer Kraft befördert, was in seiner Zeit in Sachen Demokratie realisierbar war, sicher viel mehr als vorher, sicher weniger als von ihm selbst erhofft und aus späterer Sicht wünschenswert. Die deutsche Sozialdemokratie hatte seit 1863 über alle Windungen hin eines im Sinn: die Gleichwertigkeit der Menschen, die sich auch darin äußern sollte, dass Bürgerinnen und Bürger, Frauen und Männer, frei, gleich, geheim und direkt ihre Volksvertretung wählen können sollten.

Als andere Anarchie oder Kommunismus praktizieren wollten, hielten Friedrich Ebert und seine Mitstreiter und Mitstreite-

rinnen die Fahne der parlamentarischen Demokratie hoch. So selbstverständlich wie später gerne angenommen, war das damals nicht mit der Demokratie. Auch nicht simpel, sondern hoch komplex. Ohne Gewalt und Diktatur die Befreiung von Elend und Not und die Freiheit zur Selbstbestimmung jenseits von Herrschaft und Knechtschaft sichern zu wollen, während das Land ökonomisch am Boden lag und die Anhänger der alten Machtverhältnisse immer noch vielfach präsent waren – das war alles andere als einfach.

Ich kann mir jedenfalls vorstellen, dass es Friedrich Ebert gefiele, wenn er sähe, dass wir auch 2020 alles uns mögliche dafür tun, die Demokratie zu garantieren, auszubauen und sie in allem Wandel zu sichern. Pragmatisch, ohne Schnörkel und mit demokratischen Methoden.

Alles solle bleiben, wie es war oder ist, wünscht sich mancher. Aber das geht nicht. Auch Demokratie ist in ihren Möglichkeiten immer abhängig von den Bedingungen, unter denen sie agieren muss, gesellschaftlich-kulturell, sozial-ökologisch-ökonomisch. Und diese Bedingungen verändern sich seit Jahren massiv. Das ist offensichtlich und längst noch nicht zu Ende. Und wir setzen jetzt und auch in Zukunft darauf, diese Veränderungen zu beeinflussen, zu gestalten, insgesamt was Gutes daraus zu machen, das ist selbstverständlich. Wir wollen es so gestalten, dass das Essentielle der Demokratie, ihr Inhalt und ihre Praxis dabei nicht diskreditiert oder gar zerstört werden.

Die Realität 2020 zeigt unverkennbar: Es gibt nicht nur Wandel der äußeren Bedingungen; die Demokratie hat auch Gegner, Feinde. Zwar ist sie noch populär, jedenfalls fast überall auf der Welt. Auch Skeptiker, selbst ihre Verächter – alle schmücken sich immer noch gerne mit ihrem Namen. Denn mit Demokratie verbindet sich die größte und einzig-

artige Idee der Menschheitsgeschichte: Alle Menschen sind gleich an Würde und frei geboren.

Wir sind Realisten und wissen: Anspruch und Wirklichkeit sind auch in überwiegend intakten Demokratien noch immer nicht deckungsgleich. Aber wir wollen dem Anspruch näherkommen, wir geben nicht auf. Mehr Demokratie wagen, nicht weniger, das gilt. Das ist unsere feste Absicht. Unüberhörbar werden aber die Stimmen derjenigen mehr und lauter, die sich zwar Demokraten nennen, die aber von der Gleichwertigkeit der Menschen nichts wissen wollen und nichts von der Liberalität und der Solidarität im Umgang miteinander, insbesondere nicht über die eigene Nation hinaus. Starke oder illiberale Demokratie nennt man das dann. Oder autoritäre. Da diese Leute ja nicht dumm sind, wissen sie um die Verlogenheit ihres Spiels und ihrer Worte. Mindestens grinsen sie in sich hinein. Aber nicht ausgeschlossen, dass einige von ihnen, deren Namen einem dazu sofort einfallen, bald auf das Spiel mit dem Namen Demokratie als Maske verzichten und sich auch öffentlich von ihr distanzieren. Bei uns im eigenen Land sind einige schon eifrig dabei. Die massive Missachtung der Idee der Gleichwertigkeit der Menschen zeigen diese Leute ungeniert auch öffentlich. Sie bauen Mauern und Zäune, manipulieren Wahlen, zensieren Medien, entmachten Parlamente. Es verbreitet und intensiviert sich: Die, die anders sind nach Hautfarbe, Religion, Staatsangehörigkeit, Lebensstil, Sprache, werden verhöhnt, verachtet, missachtet, misshandelt, gemordet.

Die Idee der Demokratie, die nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges die einzig mögliche Rettung und Chance schien und die wir am Ende des Zeitalters der bipolaren Konfrontation 1989–1990 immer noch als endlich erreichbare Perspektive vor Augen hatten, verliert an Unterstützung. Sie ist stark

und zukunftsfähig, gewiss – aber sie verliert ihre Priorität in der Konkurrenz mit manchen anderen Interessen und Leitbildern. Egoismus und Egozentrik wachsen, getarnt als Nationalismus und völkisches Gebaren. Panikmache ist gewiss die falsche Reaktion auf solche Auswüchse, aber auch unser Land, Deutschland, ist gefordert und muss sich als gefestigte Demokratie bewähren, nicht nur im Lande selbst, sondern auch in Europa und international.

In ehemaligen Diktaturen, denen sich demokratische Möglichkeiten eröffneten, gibt es Rückschläge. Aber auch im scheinbar-anscheinend wertegebundenen „Westen“, wie wir uns definierten und nannten oder auch noch nennen. Wir als „Westen“, wir erklärten Protagonisten und Verteidiger der Demokratie, waren nie so untadelig im Umgang mit allen Menschen und mit der Praxis der Demokratie, wie es nötig gewesen wäre. Manchmal waren wir sogar recht liederlich. Dieses eingestanden, so bleibt doch wahr: Wir wollten Pfadfinder, Vorbilder und Garanten der Idee Demokratie sein. Ganz praktisch, die USA voranschreitend, hegemonial, das mindestens. Inzwischen tun sich da beträchtliche Lücken auf, die erschrecken lassen. War das wirklich nur so dünne Tünche?

Klar war dabei immer: Die Sicherung der eigenen Interessen ist legitimer Teil von Demokratie. Aber die eigenen Interessen müssen sich eben doch auch an denen der Anderen orientieren, sich an ihnen messen lassen. Der Rückfall in Nationalismus alter Art und vergangener Zeiten ist erkennbar der von Grund auf falsche Weg. Denn er wird schnell ein mit großen Worten getarnter Freibrief für platten Egoismus, letztlich für Macht und Machterhalt. Er kann auch wählerwirksam werden, in fataler Weise. Demokratie war wohl immer, nach Inhalt und Praxis, an der Zahl der Länder und der Bevölke-

rung gemessen, Minderheit auf dem Erdball. Aber die Europäische Union war von Anfang an und ist auch heute noch der großartige Versuch, nach demokratischen Regeln und Verhaltensweisen ein solidarisches, verbindliches, freiheitliches Miteinander zu praktizieren – über alle nationalen Grenzen hinweg. Und dabei einen Wohlstand auf gutem Niveau und Gerechtigkeit anzustreben und ihnen auch näher zu kommen. Und auch hier schränkt man ehrlicherweise ein: Perfekt wurde die Realität dieser demokratischen Institution nicht, aber doch ein Zeichen dafür, was immerhin gelingen



Traditionelle Kranzniederlegung am Grab Friedrich Eberts auf dem Heidelberger Bergfriedhof vor dem Festvortrag. Franz Müntefering (2. v. r.) spricht, ihm folgen Dr. Roland Schmidt für die Friedrich-Ebert-Stiftung (links neben ihm) und Dr. Joachim Gerner, Bürgermeister der Stadt Heidelberg (nicht im Bild); ganz rechts Kuratoriumsmitglied Lothar Binding (MdB).

kann, eine Hoffnung für uns und so manche auf der Welt. Und doch steht heute die Frage im Raum: Hat diese demokratische Idee der Gemeinschaft zum Nutzen aller und international, hat diese europäische Idee die Kraft und den Willen,

in dieser turbulenten Phase von Weltpolitik noch zu bestehen? Nicht nur zu bestehen, sondern auch zu demonstrieren, dass sie das kann und zudem auch noch ansteckend wirkend im guten Sinne für andere Regionen? Für meine Generation war und ist die Idee einer Europäischen Union, die nach Inhalt und Praxis unzweifelhaft der Demokratie anhängt, immer auch das Zeichen dafür gewesen, dass so etwas überhaupt möglich ist: Über Jahrhunderte verfeindete Völker leben nach den von Deutschland zu verantwortenden beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts nun seit 75 Jahren in Frieden und Freundschaft miteinander. Und seit drei Jahrzehnten auch in Freiheit. Das ist unglaublich gut. Nur rund fünf Prozent der Erdbevölkerung leben hier, aber die Europäische Union ist in ihrer Existenz und auch im Blick nach vorn eine Hoffnung – nein, sie ist ein Beweis. Und das ist, in aller Bescheidenheit, etwas, an dem Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hier und überall in den anderen europäischen Ländern guten Anteil haben. Dieser kleine Abstecher zu Europa musste hier noch sein, denn wie immer es weitergeht mit dem demokratischen Europa des Miteinander, das wird uns und unsere Demokratie erheblich befassen und auch beeinflussen.

Nun endgültig aber zum Kern: Demokratie 2020 in Deutschland. Eigentlich sind politische Parteien nicht zwingend das erste, über das man sprechen muss, wenn es um das Gelingen von Demokratie geht. Aber wichtig waren und sind Parteien bisher und zukünftig dabei doch, sogar mehr, als man der knappen Einordnung der Parteien in unserem Grundgesetz entnehmen kann. In Artikel 21 (1) steht: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“

Das klingt nach Brücke, einer Brücke zwischen verfasster Demokratie und Gesellschaft. Und 1949, als diese so ins

Grundgesetz geschrieben wurde, war die Botschaft auch sehr plausibel: Politische Parteien sollten Bildungsstätten der Demokratie sein, auch Meinungsbildungsstätten, zudem Kompromissfinder und Meinungsbündler. Auch Such- und Findungsorte für geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für die Parlamente. Und sie sollten diesen auch helfen, die nötige Kompetenz und das Verantwortungsbewusstsein entwickeln zu können, die gute Volksvertreterinnen und Volksvertreter brauchen. Der Artikel 21 (1) bleibt sinnvoll, auch noch 2020 und in den folgenden Jahren. Aber die Bedingungen für Parteiarbeit und die Rolle der Parteien als Scharnier haben sich wesentlich verändert.

1948/49, in den Zeit der Debatten um das Grundgesetz, gab es kein Fernsehen, wenige Radios in den Haushalten, vergleichsweise zu heute wenig Printmedien und politische Zeitschriften und Bücher. Der Primat für politisches Wissen und Handeln lag Jahrzehnte bei den politischen Parteien. Wenn die Parteigrößen der Zeit in die Städte kamen, auf die Marktplätze, hörten ihnen Zehntausende zu. Man wollte was erfahren und man konnte was erfahren. Westfalenhalle und Westfalenstadion mit Interessierten und Engagierten zu füllen, war für die SPD in Westfalen auch noch zu Helmut Schmidts Zeiten überhaupt kein Problem.

Auch damals hatten die Medien schon eigene Interessen ökonomischer Art und politische Meinungen und oft auch politische Absichten direkter Art. Aber sie achteten – gewiss nicht immer hinreichend – doch darauf, dass die erkennbare Trennung von gutrecherchierten Fakten und akzentuierter Meinung in etwa gelang. Und bei dem lange Jahre zahlenmäßig überschaubaren Angebot an medialen Instrumenten und Publikationen sahen, hörten und lasen viele politisch Interessierte dieselben Quellen, so dass die Grundlagen für jeder-

zeitigen Gedankenaustausch fast permanent gegeben waren. Wenn man sich traf, hatten alle die bekannten, oft kontroversen Informationen. Das Gespräch konnte beginnen. Das wird immer seltener. Auch in der Parteienlandschaft und ihrem Alltag. Verbände und Initiativen trugen zur permanenten Debattenfähigkeit bei, auch Frauen und Männer aus Wissenschaft und Kultur, die Kluges, Interessantes und Queres äußerten, waren daran nicht unwesentlich beteiligt. Und es waren nicht wenige, die den politischen Diskurs mit Meinung munitionierten.

Ich gehe heute in die Zeitungs- und Buchläden in den Bahnhöfen und drehe mich einmal um und sehe, was heute alles so mitwirkt bei der politischen Meinungsbildung. Und ich sehe da ja nur den analogen Print-Teil. Nicht Hörfunk und TV und nicht die vertikale und horizontale digitale Netzwerk-Welt. Den „Vorwärts“ und den „Bayernkurier“ als markante Meinungsbilder sehe ich nicht, wohl aber die kaum kaschierten braunstichigen Glanzbroschüren, wenn auch nicht deren direkte Parteiorgane.

Und wo bleiben nun 2020 die Parteien mit ihrer Rolle? Überflüssig oder dauerhaft reduziert ist ihre Relevanz für das Gelingen von Demokratie keineswegs, aber eben auch nicht gesichert. Unsere politischen Parteien dürfen nicht zu Kaderparteien schrumpfen. Sie müssen – auf allen verfügbaren Wegen – aktiver Teil der gesellschaftlichen und politischen Debatte sein, dazu beitragen, dass es diese gibt. Dabei kann und muss wohl die Rolle der Volksvertretungen an Bedeutung gewinnen. Die Parlamente, ganz gleich ob im Bund, in den Ländern oder in den Kommunen, sollten eine größere, sogar große Gewichtung in den politischen Debatten besitzen und so auch eine größere indirekte Mitwirkung bei der politischen Meinungsbildung der Wählerinnen und Wähler

gewinnen können. Potentiale für Frischluft für die Demokratie sind da greifbar und fühlbar.

Der Bundestag ist Gesetzgeber und auch Auftraggeber für die Bundesregierung sowie zudem ihr Kontrolleur. Aber er ist auch dazu da, das große politische Gespräch über die wichtigen Fragen dieser Zeit mit „dem Volk“ zu führen, mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes über unsere Situation und unsere Zukunftsfähigkeit in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sprechen und über die Bedingungen dafür. Das Parlament ist am Zuge. Es hat die Chance, die zentralen Themen auf seine Tagesordnung zu setzen und eine offene und öffentliche, informative und appellierende Debatte zu führen. Auch jenseits von und lange vor Gesetzgebungen, unter Einbeziehung von Expertengruppen, auch von bestimmten oder ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern aller Altersklassen. Das Bürgergespräch beim Parlament und mit ihm! Lebendigkeit und Verbreitung wären ihm wohl sicher, freilich auch Kontroversen, die durchaus befruchtender Natur sein können. Alle heute vorhandenen Kommunikationstechniken wären einzubeziehen.

Solche Frischluft könnte das Parlament auch ein Stück weit aus der Enge herausführen, die sich aus der Überbetonung und Instrumentalisierung von Koalitionsverträgen ergibt. Denn dass die Verträge zu dicken Handbüchern werden, die die Arbeit des Parlaments bestimmen und dieses zum überraschungsfreien Abwickler degradieren, das ist zweifelsfrei eine bedenkliche Entwicklung. Sie schadet dem Ansehen und der Leistungsfähigkeit der Demokratie. Sie tut ihr nicht gut. Dass eine Regierung sich in wesentlichen Kontakten mit anderen Nationen und internationalen Organisationen auf Übereinstimmung mit dem Gesetzgeber Zuhause berufen können sollte, ist zweifelsfrei richtig und notwendig. Aber

innenpolitisch müssen nicht Gesetzesvorhaben aller Art und ihre wesentlichen Markierungen und Kompromisse im Detail in Koalitionsverträgen festgezurr werden. Da werden inzwischen zu oft rote Linien markiert, die sich in der Lebenswirklichkeit der Legislaturen als eher hinderlich für gute Lösungen erweisen. Und überhaupt kommen nicht selten Themen im Verlauf der vier Jahre auf den Tisch, wenn der Koalitionsvertrag längst beschlossen und beschworen ist. Mal ist es die große Finanzkrise, mal eine große Zuwanderung, mal die finale Klimakatastrophe und mal sind es Pandemien, mal faschistische Verbrechen. Immer muss gehandelt werden, also situativ die Gemeinsamkeit im Handeln gefunden werden. Ich mache mir keine Illusion: Ohne Koalitions-*Verträge* ist Koalitions-*Politik* auch nicht einfach, besonders nicht in Annäherung an den nächsten Wahltag. Letztlich gilt es immer zu prüfen: Verlassen sich die Partnerinnen und Partner auf ihren Handschlag und das gemeinsame Versprechen, im Vertrauen zueinander für das Land und seine Menschen gute Politik zu machen?

Jede Koalition bleibt dabei immer eine Sache auf Zeit. Aber die zentrale Aufgabe der gewählten Abgeordneten ist das Engagement für das Land, ist Gesamtverantwortung für das große Ganze. Nicht das gegenseitige Sich-Bekämpfen und das gegenseitige Über-Vorteilen der Parteien. Man ist nicht gewählt, um primär die nächste Wahl vorzubereiten, sondern die zeitgemäß richtige Politik zu betreiben.

Um es deutlich zu machen: Volksvertretungen haben zu entscheiden, nicht Parteigremien, die von außen zu steuern versuchen. Die Parteien-Demokratie, die wir – auch! – sind und sein wollen, darf die parlamentarische Demokratie, die das Herzstück unserer Verfassung ist, nicht dominieren. Das ist gewiss ein Balanceakt, und, da darf man nicht blauäugig

sein, da können auch Dinge schlichtweg schiefgehen. Aber ich bleibe dabei: Das Parlament ist die Chance und eine Bedingung für das Gelingen einer Demokratie, die in diese Zeit passt.



Dr. Joachim Gerner, Mitglied des Kuratoriums, begrüßt die Festversammlung.

Ob dies auch ein Plädoyer einschließt, grundsätzlich offen zu sein für Regierungsweisen, die „Minderheitsregierung“ genannt werden? Gewiss haben solche Schwachpunkte. Aber wir sollten uns auch nicht vor ihnen fürchten. Eine wirkliche Minderheitsregierung wird die jeweilige Regierung ja ohnehin nie sein. Wenn es keine Mehrheit im Parlament für eine Gesetzesinitiative der Regierung oder von Fraktionen gibt, wird dieses Gesetz nicht verabschiedet, so dass die Exekutive gar nicht erst in die Verlegenheit kommt, diesen Versuch eines Gesetzes umsetzen zu müssen.

Wir sind uns gewiss: Eine stabile Regierung in Kombination mit einer stabilen Mehrheit im Parlament, das hat vieles für sich. Aber wenn die Parteien in ihrer gesellschaftspolitisch-politischen Funktion die Bündelung der Meinungen in der Wählerschaft nicht mehr belastbar organisieren können, kann das Parlament mit seiner vergleichsweise größeren Souveränität diese Aufgabe der Kompromissfindung sehr wohl übernehmen. Es muss diese dann auch übernehmen.

Ein paar Gedanken zum Populismus, denn so ganz kommt man in dieser Zeit an dieser Stolperkante der Demokratie ja nicht vorbei: Noch vor wenigen Jahren wurde einem, wenn man Populismus konstatierte und kritisierte, oft entgegengehalten, populär zu sein und populär zu reden, seien doch auch politische Tugenden. Und so weit weg vom Populismus sei das Populäre doch nicht, ein Quäntchen Wahrheit war ja dran.

Aber diese Phase der Debatte um den Populismus liegt hinter uns. Es ist klargeworden, dass da jetzt welche am Werk sind, die keineswegs nur den Menschen nach dem Munde reden wollen oder schwierige Entscheidungen fröhlich vermitteln. Es geht nicht um Reklame und Verkaufsstricks. Es geht den Ideologen der AfD und ihren Kumpanen um nicht weniger als den Abgesang auf die Gleichwertigkeit der Menschen, das heißt auch: Um die Beschädigung und Zerstörung des Kerns der Demokratie. Sie versuchen, die Mechanismen der Demokratie lächerlich zu machen. Die Köpfe und Strippenzieher dieser Bewegung sind keine eitlen Spieler, keine Komödianten, keine Satiriker. Sie sind Verächter der Demokratie, die selbst Macht haben wollen, um die Dinge nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Dazu nutzen sie das Instrument und die Ideologie der völkischen Herrschaft, die man auch schlicht Faschismus nennen darf.

Verhindern kann man den Versuch dieser Menschen nicht, aber Macht bekommen dürfen sie nicht und müssen sie auch nicht. Es darf uns aber nicht beruhigen, dass die Figuren der wirklich harten Sorte nur wenige sind, dass ihre Klatschkolonnen ziemlich einfältig sind, Leute, die gerne pöbeln. Und das wissen die Ideologen und Taktgeber auch selbst. Aber das stört sie nicht und ist ihnen auch nicht peinlich. Sie brauchen Mitläufer, lenkbare Mitläufer. Und – das zeigt die Geschichte – Mitläufer finden sich immer, sie finden sich schnell und hinreichend an Zahl an so ziemlich allen Stellen in der Gesellschaft. Die Stunde der Bewährung für die Demokratinnen und Demokraten beginnt jetzt und nicht erst, wenn die wenigen gewaltbereiten Strategen Macht gewonnen haben sollten.

Es bleibt wichtig: Das gegenseitige Grundvertrauen muss in den demokratischen Parteien belastbar bleiben. Der Konkurrent und politische Gegner wird die Demokratie nicht schleifen, wenn er in Wahlen Macht gewinnt. Und dieses gegenseitige Vertrauen – denke ich – hat sich in dieser deutschen Demokratie entwickelt. Herbert Wehners Rede im Juni 1960 im Deutschen Bundestag, als er Adenauers frühe und umstrittene Westpolitik als demokratisch legitimiert und damit verbindlich für unseren Staat wertete, und Helmut Kohls klare Akzeptanz 1982/83 der Ergebnisse der Ost-Politik von Willy Brandt und Helmut Schmidt, obwohl er selbst lange Zeit Gegner eben dieser Politik der Ost-Verträge gewesen war, waren markante Beweise für das Gelingen dieser Demokratie und für das feste Vertrauen in sie.

Der Streit um den richtigen Weg in Gegenwart und Zukunft ist damit nicht beendet und nicht entschieden. Wir dürfen sicher sein: Streit im Grundsätzlichen und im Konkreten wird bleiben. Themen und Anlässe gibt es reichlich. Und das ist in

Ordnung. Es wird sogar im Kampf gegen völkische Tendenzen und Populismus der Demokratie und ihren Parteien nützlich sein. Denn es wäre riskant, wenn die Le Pens es überall nur mit der einen Bewegung zu tun hätten und nicht mit einer ganzen Schar von Gegnern, die im politischen Alltag miteinander ringen, die aber sicher sind, dass sie kein Messer in den Rücken bekommen und die gemeinsam für die Demokratie arbeiten.

In diesem Sinne will ich hier die Beschäftigung mit diesem Aspekt abschließen. Ein Streitpunkt mit der Union, der dieses Thema berührt, braucht allerdings noch eine kurze Anmer-



Franz Müntefering bei seinem Vortrag im vollbesetzten Friedrich-Ebert-Haus.

kung. Ich meine die Gleichstellung von „Die Linke“ und AfD. Wenn man „Die Linke“ und AfD vergleichen will, kann man sich auf die Zeit vor 1945 beziehen, aber auch auf die 1945 bis 1949 oder auch auf 1990 bis heute. Die Zeit vor 1945 lasse ich hier mal außen vor, wenngleich nach 1945 die Be-

völkerung ja nicht ausgewechselt wurde, sondern sich in überwiegend neuen demokratischen Parteien – und in der SPD versammelte. SED und DDR lasse ich ebenso außen vor, wengleich auch zu dieser Zeit über die DDR sicher manches anzumerken wäre. Ich bin bei dem Hier und Heute: Der Linke Bodo Ramelow lebte vor 1989 in der Bundesrepublik, der Rechtsextreme Björn Höcke auch. Dass Ramelow Demokrat ist und auch 2020 seinen Beitrag leistet für einen demokratischen Weg, auch den Weg der Partei „Die Linke“, wird man nicht ernsthaft bestreiten wollen. „Die Linke“ und die AfD bilden nicht die Ränder unserer Demokratie, sondern die AfD steht außerhalb von ihr.

Ja, es gab für die SPD seit 2005 gute Gründe, mit Oskar Lafontaine und seiner Partei nicht zusammenzuarbeiten. Er hat 2005 mit der Bildung der Partei „Die Linke“ aus der WASG (West) und der PDS (Ost) wenige Wochen vor der Bundestagswahl gezielt und leider erfolgreich versucht, die Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl 2005 zu bewirken. Das war Verrat an seiner langjährigen Partei, der SPD: Wie hätte man ihm je wieder trauen können. Lafontaine schweigt weitgehend und ist nicht mehr die Identifikationsfigur der Partei „Die Linke“. Der Zusammenarbeit mit „Der Linken“ stehen nicht mehr solche persönlichen Belastungen und nicht mehr Grundsatzfragen im Wege. Was wesentlich geblieben ist: die Verweigerung der „Linken“ in Fragen internationaler Mitverantwortung. Das ist wesentlich, sollte aber bei der „Linken“ nicht unüberwindlich sein. Das wird mit Blick auf 2021 ein wichtiger Punkt sein.

Zum Klärungsbedarf heute: Wer Ramelow und Höcke auf gleichem demokratischen Niveau sehen will, der hat mindestens einen schweren Sehfehler. Wahrscheinlich will er den AfD-ler Höcke entlasten. Oder er will – vorausschauend auf

die Bundestagswahl 2021 – ein unsauberes Argument schärfen, mit dem er eine Koalition der SPD mit den Grünen und der Linken vorbeugend diffamiert. Wir werden es erfahren. Zurzeit hat nur eine Person in der CDU volle Kompetenz und Handlungsmacht, die sich dabei außerdem aus der eigenen persönlichen Geschichte ergeben, anders als bei Persönlichkeiten der CDU, die aus dem Saarland oder Nordrhein-Westfalen kommen. Und deshalb sage ich: „Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, sagen Sie es für sich und für die CDU, dass die Gleichsetzung von ‚Die Linke‘ und ‚AfD‘ nach ihrem Wissen und Willen aufgehoben gehört.“ Es muss nicht ihr letzter Dienst für Deutschland sein, aber es wäre ein wichtiger.

Doch zurück zu uns, der SPD: Als sich die SPD 1959 auf ihrem Parteitag in Bad Godesberg aufs Regieren vorbereitete, beschrieb sie ihre Position und deren Entwicklung im abschließenden Kapitel „Unser Weg“ so: „Die Sozialdemokratische Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden.“ Es lohnt sich, sich daran zu erinnern und es ernst zu nehmen. Was war damals gemeint? Die SPD wollte die Kräfte, die durch die industrielle Revolution und durch die Technisierung aller Lebensbereiche entstanden, in den Dienst von Freiheit und Gerechtigkeit für alle stellen. Seitdem ist viel geschehen. Besonders die Regierungszeiten mit Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder haben die SPD als Volkspartei erkennbar gemacht und geprägt. Trotzdem bleibt dies eine sensible Stelle für unser Selbstverständnis als Sozialdemokraten, unsere Einordnung ins Parteienspektrum und unsere Aussicht auf Regierungsfähigkeit. Meistens entzündet sich die Debatte an der Gerechtigkeitsfrage und an mancherlei offensichtlicher Ungerechtigkeit. Gerechte Verteilung ist wichtig, aber sie reicht

nicht. Gerechtigkeit ist real und für die große Mehrheit der Menschen nicht primär eine Nothilfefrage, sondern eine umfassende Frage von persönlicher Befähigung und von Wohlfähigkeit des Landes. Das beginnt bei Bildung und Ausbildung und wird von jedem Politikbereich berührt. Es geht um Gerechtigkeit auf gutem Niveau für alle. Und wer das will, der weiß auch, dass neben dem Genannten Forschung und Entwicklung, Gewerkschaften und Unternehmen, Dienstleistung und Produktion, Handel weltweit, soziale Sicherheit, Teilhabe und Teilnahme für alle unverzichtbar sind. Es gibt deshalb kein Ministerium, das für eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik nicht von großer Relevanz wäre. Unser Programm und unsere Fachleute müssen das Ganze im Blick haben. Wir wollen Gesamtverantwortung und wir können ihr gerecht werden. Das Wahl- und Arbeitsprogramm der SPD für 2021 muss der umfassenden Breite dieses Ansatzes genügen – als Konzentrat und zielgerichtet, nicht als Sammelsurium. Volkspartei ist ein großer Anspruch und eine schwere Aufgabe. Für uns als Partei ist dies aber auch ein wesentlicher Beitrag dazu, in diesen für die Demokratie schwierigen Zeiten nicht zu einer Oppositionspartei zu verkümmern, die sich im Dagegensein genügt. Wir wollen und können gestalten. Dies alles ist eine neue Chance, an der Spitze des Landes gestalten zu können und diese Phase wird kommen. Wir dürfen nicht unserem alten Hang folgen, uns zu schmal statt selbstbewusst breit zu machen.

Demokratie ist Staatsform, aber sie ist auch Lebensform. Gegenseitige Akzeptanz ist die unverzichtbare Grundlage für ein gutes Miteinander. Und Solidarität ist dabei der zentrale Wert. Gerechtigkeit und Frieden und – im möglichen Umfang – Sicherheit sind Aufgaben des Staates. Solidarität kann er empfehlen, in Maßen ermöglichen, aber nicht durch-



Franz Müntefering beim Eintrag in das Gästebuch mit Geschäftsführer und Vorstandsmitglied Prof. Dr. Walter Mühlhausen und Mitarbeiterin Claudia Klingensfuß-Gottschalk.

setzen. Solidarität erweist sich in der Art und Weise des Umgangs der Menschen miteinander.

Solidarität führt nicht zur Vereinzelung. Und Solidarität ist sehr wohl als organisierte Solidarität möglich und auch schon Alltag. Menschen bringen ihre spezifischen Fähigkeiten ein und davon leben die zahlreichen Organisationen, die haupt- und ehrenamtlich die Solidarität auf hohem Niveau sichern und so auch Lebensqualität sichern. Demokratie als Lebensform, das heißt Selbstbestimmung und Selbstbestimmung bedeutet Mitverantwortung, Engagement fürs Ganze. Das ist Praxis in hohem Maße und bisher eine der Stärken unserer Gesellschaft, die mit dem wachsenden Hang zur Singularität hoffentlich nicht schrumpft.

Zivilgesellschaftliches Engagement und Ehrenamt sind weit verbreitet und sichern Lebensqualität für viele Menschen. 23 bis 25 Millionen – vielleicht noch mehr – sind aktiv, in Sportvereinen und Kirchengemeinden, bei der Freiwilligen Feuerwehr und in Hospizgruppen und Gesangsvereinen. Kommunalpolitik gehört ganz eindeutig auch als Betätigungsfeld dazu. Wenn der Reichtums- und Armutsbericht des Bundes veröffentlicht wird, findet sich zu diesem Kapitel nicht das meiste. Wenn es aber dieses Engagement nicht gäbe, wäre die Lebensqualität im Lande sehr schnell schwer geschädigt. Die Gründung der „Deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement“ (DSEE) vor einigen Wochen durch den Deutschen Bundestag ist ein sinnvoller Versuch, diesem Teil unserer Demokratie zusätzliche Impulse vor Ort zu verleihen, und zwar möglichst unbürokratisch, bereits existierende sinnvolle Aktivitäten stützend, aber auch neue Impulse fördernd.

An dieser Stelle scheinen mir einige deutliche Anmerkungen zum Thema Solidarität vonnöten, ja unvermeidlich: Die Verrohung der Sprache und böswilliges Beschimpfen und Verhöhnern, aber auch verbale und tätliche Attacken auf Feuerwehren und Rettungskräfte mehren sich. Sie zeigen, dass auch die Lebenswirklichkeit im Zwischenmenschlichen gefährlich weit von den Werten der Demokratie entfernt ist. Hass, Lüge und Gewalt werden häufiger. Und man schämt sich nicht einmal mehr dafür. Es handelt sich dabei nicht um partielle Ausrutscher, es hat System. Wir müssen antworten, und diese Antwort heißt unmissverständlich: Demokratie als Lebensform, konsequent. Und konsequent meint auch immer: Wir lassen uns die Demokratie nicht kaputt machen, nicht als Staat, nicht als Gesellschaft. Zum Abschluss dieser Passage muss ich nicht besonders betonen, weshalb ich unsere Kommunen als einen, ja eigentlich den zentralen Ort

praktischer, gelebter Demokratie sehe, vom Dorf bis zur Großstadt. Kommunen sind Unikate, sie besitzen ihre eigene Geschichte, verfügen über ihre speziellen Stärken, aber auch Probleme. Sie brauchen Unterstützung für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Ein hoch angesiedelter regelmäßiger „Rat der Oberbürgermeister/innen und Bürgermeister/innen“ wäre ein sachkundiger und sicher beachteter Ratgeber für Bund und Länder, für die Zivilgesellschaft insgesamt. Er wäre auch ein qualifizierter Partner für bürgerschaftliches Engagement und eine Quelle für den kommunalen Diskurs.

Zum Abschluss ein paar knappe Anmerkungen zu einigen Aspekten und Themen, die sich in ihrer Umsetzung und Auswirkung deutlich über die kurze Zeit einer Legislaturperiode des Bundestages hinaus erstrecken. Und auch da stoßen wir auf eine Herausforderung für die Demokratie und ihre Glaubwürdigkeit. Ein Beispiel: Die Legislatur dauerte damals von 2002 bis zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005. 2003 wurde ein Paket von Maßnahmen angekündigt, das wir alle als Agenda 2010 kennen. Die Jahreszahl deutete schon an, dass wir für die Umsetzung eine längere Phase erwarteten. In der folgenden Periode von 2005 bis 2009 erfolgte die Gesetzgebung zur Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre mit der Perspektive 2031. Wahlkampfberater sahen beides mit Skepsis – als „immerwährende Kritikpunkte“. Beide Entscheidungen haben sich positiv auf Konjunktur und Arbeitsmarkt und Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung ausgewirkt. Beide wurden aber auch zu Schimpfworten geformt, die besonders mit der SPD verknüpft und in Wahlkämpfen fleißig gegen die Sozialdemokratie verwandt wurden. Das hätte weniger funktioniert, wenn das Feuer nicht aus dem eigenen Kreis und der näheren

Verwandtschaft gefüttert worden wäre. Das macht die Entscheidungen nicht falsch und nur mit längerfristig umzusetzenden Entscheidungen lässt sich der gewünschte politische Erfolg überhaupt erreichen. Aber die Kurzatmigkeit vieler politischer Entscheidungen erklärt sich ein Stück weit aus solchen Erfahrungen und ist verständlich – und grundfalsch. Wir brauchen mehr Perspektive im politischen Handeln. Der klare Blick reicht nicht, das klare Wort ist unentbehrlich. Die angekündigten knappen Anmerkungen:

1. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Da ist was im Rutschen, teils in gefährlicher Weise. Komplexe Probleme bauen sich auf. Die Kommission der Bundesregierung, die sich mit diesem Thema beschäftigt, ist ziemlich leise geblieben, ihre bisherigen Ergebnisse sind denkbar mager; selbst Gutwillige haben nicht das Gefühl, dass die nötige Bewegung in die Sache kommt. Ein Jahr Arbeitszeit bleibt noch für die Koalition, wirklich aktiv zu werden. Es ist wichtig. Auch für das Ansehen unserer Demokratie. Das gilt für die West-Ost-Verwerfungen, aber eben auch landesweit allgemein für arme und reiche Regionen, Städte, Dörfer, ländliche Räume. Es geht um Zukunftsmut und Zukunftsfähigkeit. Es geht um Demokratie, die handlungsbereit und handlungsfähig ist: Denn was wäre sie sonst wert?
2. Nachhaltigkeits-Politik in Sachen Demografie/Wanderungen/Integration. In der Regierungszeit Schröder wurde der Rat für Nachhaltigkeit bei der Bundesregierung eingerichtet und der Bundestag installierte um 2004 einen Unterausschuss, der sich um dieses Thema kümmern sollte. Viel Aufmerksamkeit bekamen die Anstrengungen, die es vergleichbar auch auf EU-Ebene gibt, jedoch nicht. Eine Gemeinschaftsaufgabe könnte

hilfreich sein, diesen Themenkomplex wirksam anzugehen. Kurzatmigkeit führt lediglich zu einem Stopfen der Löcher. Das kann in der Not ehrenhaft sein, aber es reicht nicht.

3. Die Klima-Krise erledigt sich nicht von alleine. Jedenfalls nicht menschenfreundlich. Die Warnung der Engagierten – viele davon junge Menschen – hat ihre Berechtigung. Auch deren Ungeduld. Zwar gibt es Anstrengungen von Gewicht und Wirkung, aber diese sind beileibe nicht umfassend und längt nicht intensiv genug. Internationale Initiativen sind unverzichtbar. Nationale Anstrengungen sind auch unverzichtbar. Individuelle auch. Niemand und keiner kann sich da freisprechen. Und die Protagonisten dieser neuen Klimapolitik müssen den Marsch durch die Demokratie antreten. Rein in die demokratischen Parteien oder neue Partei/en gründen und rein in die Parlamente und Verantwortung übernehmen. Dass die Gedanken frei sind, ist wahr und schön, aber es reicht nicht. Es kommt auf das Handeln und die Mitbestimmung an. Das Wahlrecht sollte auf 16 Jahre gesenkt werden.
4. Generationen-Gerechtigkeit ist ein Schlagwort, nicht selten missbraucht. Immerhin mit einem interessanten Kern, der nicht neu ist, wie man weiß, wenn man 80 Jahre alt geworden ist. Der Wandel ist permanent, er trifft die Generationen unterschiedlich, er bietet Chancen und Risiken. Die Loyalität zwischen den Generationen ist nicht in Gefahr, mindestens nicht substanziell. Aber auch hier gilt: Rechtzeitig Weichen stellen, denn die demografischen Entwicklungen stellen die Sozialsysteme vor Herausforderungen und krepeln Teile des bisherigen gesellschaftlichen Lebens um. Das Senioritätsprinzip fällt aus der Zeit.

Für die zuletzt genannten Punkte – Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, aber auch Demenz können noch angefügt werden – für sie alle gilt: Aufklärung, klare Worte und Streit um den richtigen Weg schon frühzeitig, führt leicht zu Risiken und langandauerndem Widerstand. Und man hat nicht einmal totale Sicherheit für ein Gelingen auf dieser länglichen Strecke. Alles wahr. Aber, mit dem Pathos Bebel-scher Worte: „Vorurteilslosigkeit ist das erste Erfordernis für die Erkenntnis der Wahrheit und rücksichtsloses Aussprechen dessen, was ist und werden muss, führt allein zum Ziel.“ Es geht um die alte Frage, für was man sich entscheiden soll, wenn man mit der klassischen Alternative konfrontiert wird. Erste Frage: Welche Politik ist die beste für die Menschen in unserem Land und damit für das Land selbst? Frage Zwei: Was müssen wir versprechen, betonen oder beschweigen, um gewählt zu werden? Die Wahrheit kann ein Stolperstein sein, so oder so. Denn die Antworten auf diese beiden Fragen sind unterschiedlich, meistens sogar deutlich. Aber auch das bleibt eben wahr: Aufklärung ist eine wichtige Verbündete der Demokratie. Eine sehr wichtige. Was folgt aus alledem? Optimistisch kann man nicht sein, wenn man sich 2020 unsere Demokratie in Deutschland, in Europa und auf dem gesamten Erdball ansieht. Aber pessimistisch darf man nicht sein. Denn wir sind handlungsfähig und haben Einfluss auf das, was in und mit unserer Demokratie passiert.

Ich halte fest an der Zuversicht in die Gestaltbarkeit der Dinge. Und an der Gewissheit, dass es hinreichend viele Menschen gibt, die überzeugt, mutig, ausdauernd, fähig und bereit sind, um für die Demokratie zu kämpfen. Denn wir und sie wissen: Demokratie ist unvollkommen, aber es gibt für das menschliche Miteinander nichts Besseres als sie, wahrlich nichts. Unser Land kann sich auf die Sozialdemokratie verlassen.

Stiftung

Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Die Stiftung zu Ehren des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1871–1925) wurde am 19. Dezember 1986 durch Bundesgesetz errichtet. Die bundesunmittelbare Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz in Heidelberg hat die Aufgabe, „das Andenken an den ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte seiner Zeit zu leisten“.



Blick in Raum 1 der Dauerausstellung.

Die von der Stiftung unterhaltene Gedenkstätte, das Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg, wurde am 11. Februar 1989, dem 70. Jahrestag der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten, eröffnet. Herzstück ist als authentischer Ort der Geschichte die kleine Wohnung, in der Friedrich Ebert am 4. Februar 1871 als siebtes von neun Kindern eines Schneidermeisters gebo-

ren wurde. Daneben zeichnet die 2007 eröffnete Dauerausstellung „Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten – Friedrich Ebert (1871–1925)“ den Weg des sozialdemokratischen Parteiführers an die Spitze der ersten deutschen Demokratie nach. Der ungewöhnliche Lebensweg vom Sattler zum Staatsoberhaupt wird in die Geschichte seiner von Umbrüchen gekennzeichneten Zeit eingebettet: vom Kaiserreich über den Ersten Weltkrieg bis in die Anfangsjahre der von ihm mitbegründeten Weimarer Republik. Die Stiftung betreibt eigene Forschungen über Friedrich Ebert und zu zen-



Friedrich-Ebert-Haus in der Pfaffengasse mit dem Ausgang zur Wohnung, in der Friedrich Ebert Kindheit und Jugend verbrachte.

tralen Fragen seiner Zeit und regt hierzu wissenschaftliche Untersuchungen an.

Mit einem vielschichtigen Veranstaltungsangebot hat sich das Friedrich-Ebert-Haus in der Heidelberger Pfaffengasse 18 als ein lebendiger Lernort deutscher Demokratiegichte

etabliert. Das zeigt sich in einer stetig wachsenden Zahl von Besuchern, in der anerkannten Forschungs- und Publikationsstätigkeit sowie in der Vielzahl und in der Bandbreite ihrer politisch-historischen Bildungsaktivitäten, vor allem mit Schülerinnen und Schülern. Die Besucherzahlen der Gedenkstätte haben sich mit rund 70.000 pro Jahr auf hohem Niveau eingependelt. Die Stiftung unterhält weiterhin vier durch die Republik reisende Wanderausstellungen: über Friedrich Ebert und seine Zeit, über den ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, über die Weimarer Reichskanzler und über den Reichspräsidenten in der Karikatur.

Die Stiftung trägt auf diese vielfältige Weise dazu bei, die Erinnerung an den großen Sozialdemokraten und Staatsmann wachzuhalten, der als Gründer und Garant der Weimarer Republik einer der Wegbereiter der modernen deutschen Demokratie ist.

Friedrich-Ebert-Haus, Pfaffengasse 18, Heidelberg

Öffnungszeiten:

April bis Oktober: Dienstag bis Freitag: 9 – 18 Uhr,

Samstag und Sonntag: 10 – 18 Uhr;

November bis März: Dienstag bis Freitag: 9 – 17 Uhr,

Samstag und Sonntag: 10 – 17 Uhr

Der Eintritt ist frei.

Kostenlose Führungen für Gruppen durch die ständige Ausstellung und Sonderausstellungen nach Vereinbarung.

Das Haus ist barrierefrei.

Stiftung

Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Verwaltung: Untere Straße 27 · 69117 Heidelberg

Museum: Pfaffengasse 18

Tel. 06221 91 07-0

Fax 06221 91 07-10

friedrich@ebert-gedenkstaette.de

www.ebert-gedenkstaette.de